

Der Charme der Erbschaftssteuer

Aus ökonomischer Sicht hat die Abgabe im Vergleich zu anderen Steuern gewisse Vorzüge – bei moderaten Sätzen

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Volksinitiative der Jungsozialisten für eine nationale Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen über 50 Millionen Franken wirft viele Fragen auf. Eine davon: Ist die Erbschaftssteuer eine relativ «gute» oder «schlechte» Steuer?

Zurzeit gibt es in der Schweiz auf kantonaler Ebene Erbschaftssteuern. Fast alle Kantone haben eine Erbschafts- und Schenkungssteuer – aber meist mit Befreiung für Ehegatten und Kinder. Die Juso-Initiative fordert eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer, die auch für Kinder und überlebende Ehegatten greift. Die Kantone könnten ihre bisherigen Erbschaftssteuern je nach ihrem Gusto behalten, senken oder abschaffen.

Verteilung und Effizienz

Fast alle Steuern haben volkswirtschaftliche Kosten, weil sie die Anreize verzerren, zum Beispiel den Leistungsanreiz. Bei einem gegebenen politischen Ziel für Staatsausgaben stellt sich die Frage, welche Steuern das kleinste Übel sind. Auf Basis des Postulats «möglichst gleiche Startchancen für alle» könnte man theoretisch eine Erbschaftssteuer von 100 Prozent befürworten. Doch der Staat nähme damit den Menschen etwas Bedeutendes weg: das Recht, den eigenen Kindern etwas zu vererben. Eine Antwort darauf wären Freibeträge in Kombination mit moderaten Steuersätzen auf Summen über dem Schwellenwert.

Zu den Beurteilungskriterien für Steuern gehört auch die Verteilungswirkung. Vermögen sind typischerweise deutlich ungleicher verteilt als Einkommen. Zudem lassen sich mit Erbschafts-

Erbschaftssteuern

Edgenössische Abstimmung
vom 30. November 2025

steuern ähnlich wie mit Vermögenssteuern auch Werte erfassen, die bei der Einkommenssteuer oder der Firmengewinnsteuer nicht voll erfasst wurden. Erbschaftssteuern können somit in der Tendenz die Ungleichheiten stärker reduzieren als etwa Gewinnsteuern, Einkommenssteuern oder die Mehrwertsteuer. Die staatliche Umverteilung von oben nach unten via Steuern



Die Initiative der Jungsozialisten kommt im November an die Urne.

GIAN EHRENZELLER / KEYSTONE

und Sozialzahlungen ist in der Schweiz schon jetzt bedeutend. Ob man diese Umverteilung noch verstärken will, ist eine politische Wertungsfrage.

Die Kernüberlegungen aus ökonomischer Sicht betreffen die Effizienz: Je mehr eine Steuer zu (unerwünschten) Verhaltensänderungen führt, desto schlechter ist aus dieser Sicht die Steuer. So senkt zum Beispiel die Einkommenssteuer die Arbeitsanreize. Bei der Mehrwertsteuer sind dagegen die Verzerrungen der Anreize relativ gering.

Bei der Erbschaftssteuer sind die Anreizwirkungen bei den potenziellen Erblässern und den Erben relevant. Neuere Überblicksarbeiten zum Stand der internationalen Forschungsliteratur dazu lieferten die Ökonomen des Ländervereins OECD (2021) und eine Analyse des Wirtschaftsforschungsinstituts in Wien (2025). Bei den potenziellen Erblässern kann eine Erbschaftssteuer verschiedene Ausweichmanöver auslösen: Sie sparen weniger, sie wechseln den Wohnsitz, sie verschieben Vermögen in

Stiftungen oder in den Untergrund, und/oder sie verschenken mehr zu Lebzeiten (weshalb viele Länder nebst einer Erbschaftssteuer auch eine Schenkungssteuer kennen).

Uneindeutige Fazits

Die OECD-Analyse kommt im Grundsatz zu einem relativ positiven Schluss. Einer der Befunde: Erbschaftssteuern hätten in der Tendenz geringere negative Sparanreize als andere Steuern für Wohlhabende. Der Überblick des Wirtschaftsforschungsinstituts in Wien kommt zu einem ähnlichen Schluss – mit der Ergänzung, dass die negativen Wirkungen bei den Reichen und den Älteren grösser seien. Beide Überblicksarbeiten verweisen jedoch auf die zum Teil grossen Unterschiede in den Forschungsergebnissen und auf die methodischen Probleme in der Forschung.

Theoretisch lassen vor allem zwei Gründe mutmassen, dass die negativen Anreizwirkungen bei der Erbschafts-

steuer geringer sind als etwa bei den Vermögens- oder den Einkommenssteuern: Die potenziellen Erblässer zahlen die Steuer nicht selber, und der Todeszeitpunkt ist in der Regel nicht planbar. Ein theoretisches Argument in die Gegenrichtung lautet: Die Erbschaftssteuer fällt nur zu einem Zeitpunkt an, und die Summe kann sehr hoch sein – was Ausweichmanöver fördern kann.

Der Arbeitsanreiz sinkt

Bei den Erben kann eine Erbschaftssteuer sogar positive Arbeitsanreize bringen. Überspitzt gesagt: Wer weniger erbt, kann es sich weniger leisten, auf der faulen Haut zu liegen. Die erwähnte OECD-Analyse liefert Hinweise auf Forschungsbefunde, welche die genannte Tendenz bestätigen. Eine neue Studie von Forschern der Universität Lausanne und der ETH Zürich bestätigt diese Tendenz auch für die Schweiz. Aufgrund von Daten aus dem Kanton Bern kommen die Forscher zum Schluss, dass

substanzielle Erbschaften das Arbeits-einkommen der Begünstigten senken. Am grössten ist die geschätzte Wirkung bei 55- bis 65-jährigen Erben, namentlich wegen Frühpensionierungen. Laut den Schätzungen der Autoren würde der Wegfall aller Erbschaften die Arbeitsbereitschaft in der Gesamtwirtschaft um 1,9 bis 2,6 Prozent erhöhen.

Alles in allem ist die Erbschaftssteuer unter Ökonomen im Vergleich zu anderen Steuern im Grundsatz relativ populär. 2021 war in einer Umfrage der ETH Zürich und der NZZ bei rund 140 Ökonomen die Erbschafts- und Schenkungssteuer das meistgenannte Stichwort bei der Frage, welche steuerpolitischen Instrumente zur Reduktion einer zu hohen Ungleichheit vorrangig zu nutzen seien. Auch die in Fachkreisen vielzitierte «Mirrlees Review» einer britischen Expertengruppe von 2010 zum optimalen Steuersystem sprach sich für eine Erbschaftssteuer aus.

Jenseits des Gängigen

Doch das sagt nichts über die Schweizer Volksinitiative aus. Diese will mit der geforderten Erbschaftssteuer nicht schlechtere Steuern ersetzen, sondern eine zusätzliche Steuer verankern. Und die geforderten Steuersätze von 50 Prozent auf Vermögensteilen jenseits des Schwellenwerts auch für Ehegatten und Kinder und ohne Ausnahmen für Unternehmen gehen weit über ausländische Praktiken hinaus. Ein für den Bund erstelltes Gutachten des Lausanner Wirtschaftsprofessors Marius Brühlhart lässt für das Modell der Volksinitiative massive Ausweichmanöver erwarten, so dass der Fiskus per saldo sogar Einbussen befürchten müsste.

Manche anderen Staaten haben zwar eine nationale Erbschaftssteuer, aber die Steuereinnahmen sind zum Teil begrenzt durch bedeutende Ausnahmen etwa für Unternehmen. So kennt zum Beispiel Deutschland für Kinder und Ehegatten optisch hohe Steuersätze von 7 bis 30 Prozent jenseits der Freibeträge, doch die jährlichen Einnahmen des Fiskus aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer waren zuletzt mit 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung etwa gleich hoch wie in der Schweiz. Der Durchschnitt der OECD-Länder lag unter der Schweizer Marke. Das gilt auch für das Total der Fiskaleinnahmen aus allen Kapitalsteuern.